

PD Ost ZKB FK2
Kühnauer Straße 161
06846 Dessau-Roßlau
0340/6000-324

Dienststelle

Dessau-Roßlau, 27.01.2015

Ort, Datum

STO PD ZKB FK 5 1/2878 /2014

Vorgangsnr.

443 Js 40654/14

Aktenzeichen StA

PD Ost ZKB FK2 - Kühnauer Straße 161 - 06846 Dessau-Roßlau

Herrn
Ralf Kroll
Heuweg 16
OT Apollensdorf-Nord
06886 Lutherst. Wittenberg

Vorladung

Bitte bringen Sie diese Vorladung
zum Termin mit !

Sehr geehrter Herr Kroll,

zu Ihrer ☐ Anhörung ☒ Vernehmung als ☐ Zeuge ☐ Betroffener ☒ Beschuldigter

wegen Besitz kinderpornografischer Schriften

bitte ich Sie, sich am **Donnerstag 05.02.2015 um 13:00 Uhr**

in **der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost, Kühnauer Straße 161, 06846 Dessau-Roßlau**

auf Zimmer **402** einzufinden.

Ich bitte, folgende Ausweispapiere/ Unterlagen mitzubringen:

Personaldokumente

Im Verhinderungsfalle bitte ich um rechtzeitige Mitteilung unter Angabe des Verhinderungsgrundes. Falls Sie beabsichtigen, die Reise von einem anderen als dem in der Anschrift genannten Ort aus anzutreten, teilen Sie dies bitte unverzüglich mit. Sollten Sie auf die Mitteilung keine Nachricht erhalten, bleibt es bei dieser Vorladung.

Hinweise zur Zeugenentschädigung

Auf Antrag erhalten **Zeugen** für Verdienstausschlag, Fahrkosten und sonstige Aufwendungen (z.B. Kosten für notwendige Begleitpersonen) eine Entschädigung. Entsprechende Nachweise (Bescheinigung des Arbeitgebers über den Bruttoverdienst je Arbeitsstunde - auch bei einem Monatsgehalt -, über die Zahl der regelmäßigen täglichen Arbeitsstunden, über die Uhrzeit des täglichen Arbeitsbeginns und Arbeitsendes sowie darüber, ob der Verdienstausschlag sich nur auf die durch die Wahrnehmung des Termins versäumte Arbeitszeit oder auf den ganzen Arbeitstag erstreckt, Fahrkarten, Verzehrbelege) sind mitzubringen oder unverzüglich nachzureichen.

Wichtig! Fahrtkosten können grundsätzlich nur für die Fahrtstrecke (hin und zurück) zwischen Ihrer o.g. Anschrift und dem Vernehmungsort erstattet werden. Nur wenn Sie aus besonderem Grund von einem weiter entfernten Ort anreisen müssen und dies auch unverzüglich der vernehmenden Polizeidienststelle mitgeteilt haben, können notwendige höhere Fahrtkosten berücksichtigt werden.

☐ Merkblatt über die Rechte von Verletzten und Geschädigten in Strafverfahren ist beigelegt.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage


Haseloff, KK



SACHSEN-ANHALT

POLIZEIDIREKTION
SACHSEN-ANHALT OST

Zentraler Kriminaldienst

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost • Postfach 1607 • D-06814 Dessau

Herrn
Ralf Kroll
Heuweg 16

06886 Lutherstadt Wittenberg

Anhörung zur Anordnung der erkennungsdienstlichen Behandlung

25.02.2015

Sehr geehrter Herr Kroll

die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost beabsichtigt zu Ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung folgende Maßnahmen anzuordnen:

- ☒ Anfertigung von Lichtbildern
- ☒ Abnahme von Fingerabdrücken (einschließlich Handflächen und -kanten)
- ☒ Messung von Gewicht, Körpergröße und Schuhgröße
- ☒ Personenbeschreibung
- ☐ Handschriftprobe ☐ Geruchskonserven ☐ Sprachaufzeichnung

Mein Zeichen:
1/2878/2014

bearbeitet von
Herrn Haseloff

Telefon (0340/6000-324)
Telefax (0340/6000-320)

marco.haseloff@
polizei.sachsen-anhalt.de

Begründung: Sie werden beschuldigt, eine Besitzverschaffung kinderpornografischer Schriften begangen zu haben. Aufgrund der Begehungsweise in dem Anlassverfahren und der darüber hinaus vorliegenden polizeilichen Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass die Gefahr besteht, dass Sie zukünftig erneut in gleicher oder ähnlicher Weise straffällig werden oder zumindest in den Kreis möglicher Tatverdächtiger bei vergleichbaren Delikten mit einzubeziehen sind.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Rechtsgrundlagen für die erkennungsdienstliche Behandlung ist § 81b (2. Alternative) der Strafprozeßordnung (StPO). Demnach dürfen Lichtbilder und Fingerabdrücke des Beschuldigten auch gegen seinen Willen aufgenommen und Messungen und ähnliche Maßnahmen an ihm vorgenommen werden. Die zu erstellenden erkennungsdienstlichen Unterlagen sind zur Förderung der dann zu führenden Ermittlungen geeignet. Die erkennungsdienstliche Behandlung ist das mildeste und im Übrigen auch ein angemessenes Mittel, um den Zweck zielgerichteter Aufklärung zukünftiger Straftaten zu fördern. Dies gilt übrigens auch zu Ihren Gunsten, nämlich um Sie gegebenenfalls sicher aus dem Kreis potentieller Täter ausschließen zu können.

Sie erhalten hiermit die Möglichkeit sich freiwillig zur Durchführung der erkennungsdienstlichen Maßnahme **am 18.03.2015, 09:00 Uhr in der Polizeidienststelle Polizeirevier Wittenberg, Bürgermeisterstraße 9, 06886 Lutherstadt Wittenberg, Zimmer Nr. 9-11** einzufinden. Sollte Ihrerseits eine Terminänderung gewünscht werden, wenden Sie sich bitte an den Unterzeichner unter Telefonnummer 0340/6000-324 bzw. an Frau Scherr (Tel. 03491/469-315) od. Frau Schulz (Tel. 03491/469-318).

Sofern Sie diese Möglichkeit nicht wahrnehmen, haben Sie die Gelegenheit, sich innerhalb von 14 Tagen zur geplanten Maßnahme zu äußern. Sollten Sie keine entlastenden Argumente vorbringen, werde ich nach derzeitiger Aktenlage die erkennungsdienstliche Behandlung anordnen und ggf. auch zwangsweise durchsetzen. Für dieses Verfahren entstehen Kosten, welche Sie zu tragen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Haseloff, KK



Königreich Deutschland

Petersplatz 1 - 06886 Zu Luth. Wittenberg - KRD

Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost

Postfach 1607

D-06814 Dessau

Vorab per Fax: 03406000 320

Der Oberste Souverän

Peter,

Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek

Petersplatz 1

Imperator Fiduziar

Königreich Deutschland

06886 Zu Luth. Wittenberg

Postanschrift für Ihre Schreiben:

Königreich Deutschland

Am Bahnhof 4

06889 Luth. Wittenberg

Lutherstadt Wittenberg, 27.03.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sandten an den Heuweg 16 ein Anhörungsschreiben, datiert auf den 25.02.2015, bestimmt für Herrn Ralf Kroll. Dieses Schreiben ist Uns erst am 21.03.2015 zur Kenntnis gekommen.

Hierzu führen Wir folgendes aus:

Durch die (illegale) Durchsuchungsaktion am 26. und 27.11.2014 im Auftrage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kam etwas zu Tage, aufgrund dessen Herr Ralf Kroll einer Straftat verdächtigt wird. Da er dies als Staatszugehöriger auf dem Gelände Heuweg 16 beging, ist, gemäß Artikel 44 Abs. 5 der Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland, innerhalb eines halben Jahres ein Verfahren zu führen und dieses abzuschließen.

Aufgrund dessen sind hier eigene Ermittlungen begonnen worden und es fand bereits eine öffentliche, etwa 2-stündige, Anhörung des Angeschuldigten vor dem obersten Richter des Königreiches Deutschland statt. Bei dieser ließ sich der Angeschuldigte ein und gab bereitwillig Auskunft über den Umfang und die Art der Dokumente/Unterlagen/Schriftstücke und Taten, die strafrechtliche Relevanz besitzen könnten oder eine eventuelle Strafbarkeit belegen könnten.

Gemäß Artikel 50 der Verfassung des Staates Königreich Deutschland darf kein Deutscher des Königreiches Deutschland ins Ausland oder an eine andere nicht innerstaatliche Stelle gleich welcher Art ausgeliefert werden.

Gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Verfassung des Königreiches Deutschland hat jeder Deutsche das Recht, vor ein innerstaatliches deutsches Gericht gestellt werden, daß der Verfassungsordnung des Königreiches Deutschland untersteht.

Bei der Anhörung erhielt der Angeschuldigte deshalb die Wahl, vor welchem Gericht er sich verantworten wolle. Es wurde darauf hingewiesen, wie sich die Unterschiede der Rechtsordnungen der Bundesrepublik in Deutschland und die des Königreiches Deutschland auf die Strafzumessung, die Dauer des Verfahrens und die Unterschiedlichkeit der Rehabilitation auf den Angeschuldigten auswirken würden.

Es wurde dem Angeschuldigten weiterhin die Wahl gelassen, ob er durch die Lösung des Eides gemäß Eidlösungsgesetz vom 24.03.2014 (s. Reichsgesetzblatt) und die in der Probezeit mögliche Beendigung der Zugehörigkeit zum Königreich Deutschland die vorrangige Ordnung des Königreiches Deutschland verlassen wolle um erneut in die nachrangige Rechtsordnung der Bundesrepublik in Deutschland zu wechseln.

Der Angeschuldigte verneinte dies.

In der Anhörung wurden dem Angeschuldigten durch die Einlassung und die dadurch entstandenen Erkenntnisse vom Richter sofortige Auflagen erteilt, die zum Inhalt haben, daß er die Gelände in Wittenberg zu verlassen habe und bei einem anderen Staatsangehörigen unbezahlte gemeinwohlorientierte und andere Tätigkeiten bis zum Prozeßtag zu leisten habe. Zudem wurde im Einvernehmen vereinbart, ein öffentliches Strafverfahren im April durchzuführen und abzuschließen. Der genaue Termin dazu würde einvernehmlich noch bestimmt werden. Der Angeschuldigte akzeptierte die Auflagen und sicherte zu, sich dem Verfahren nicht zu entziehen. Er wurde darüber belehrt, daß er im Falle des Versuches des Entzuges vom Verfahren gesucht, ergriffen und vorgeführt werden würde. Der Angeschuldigte verstand die Belehrung und akzeptierte die Auflagen.

Aufgrund dessen hat das Gerichtsverfahren vor einem deutschen Staatsgericht des Königreiches Deutschland stattzufinden.

Sollten Sie Uns Ihre eigenen Ermittlungen und aufgefundenen und beschlagnahmten Beweise im Original liefern wollen, empfehlen Wir Ihnen die Aufnahme von Assoziationsverhandlungen. Stimmen Sie sich dabei mit den für Sie zuständigen Ministerien ab.

Durch die schon erfolgte Einlassung und die Prüfung der Korrektheit der Aussagen ist der Umfang der eventuellen Straftaten schon ermittelt worden.

Im Verfahren im April ist dann zu klären, welche Motivation und Gesinnung hinter den ev. Straftaten steht und unter welchen Auflagen der Angeschuldigte eine Reahbilitation beim Vorliegen einer tatsächlichen Straftat vorzunehmen hat, um eine Wiederholung einer eventuell gleich gearteten oder einer anderen vermuteten Straftat unwahrscheinlich werden zu lassen.

Die Rechtsordnung des Königreiches Deutschland unterscheidet sich in den Punkten Rehabilitation und dem Erfahren von Konsequenzen aus einer Handlung grundsätzlich von der Art der “Auge um Auge und Zahn um Zahn”- Rechtsprechung oder auch bei einer “Strafzuweisung” von der Ordnung der Bundesrepublik in Deutschland. Es geht in der Ordnung des Königreiches Deutschland in erster Linie um Prävention und Rehabilitation um Wiederholungstäterschaft zu verunmöglichen oder weniger Wahrscheinlich werden zu lassen.

Aufgrund des Umzuges und der daraus resultierenden Unerreichbarkeit des Herrn Kroll ist es für Sie nicht direkt möglich ihm irgendwelche Schreiben zukommen zu lassen. Aufgrund der richterlichen Auflagen können Ihre Schreiben nur zu Unserer Kenntnis, jedoch nicht zur Kenntnis des Herrn Kroll gelangen. Aufgrund der oben genannten Ausführungen ist Uns eine Auslieferung des Herrn Kroll nicht möglich. Wir bitten Sie, Uns Ihre Ermittlungsergebnisse zukommen zu lassen (das auch in Kopie möglich ist), um ihm ein umfangreiches und faires Verfahren zu ermöglichen und Uns so auch den Umfang und die Schwere der eventuellen Straftat gesichert feststellen zu lassen.

Dies kann auch außerhalb von Assoziationsabkommens geschehen.

Hochachtungsvoll

Peter
Menschensohn des Horst und der Erika Fitzek
Imperator Fiduziar
Königreich Deutschland



Petersplatz 1 – 06886 Zu Luth. Wittenberg - KRd

Ralf Kroll
An der Weide 1
Königreich Deutschland
zu **06886 Luth. Wittenberg**

Gemeinschaftsschutzgericht

Petersplatz 1
Imperator Fiduziar
Königreich Deutschland
zu 06886 Luth. Wittenberg

In der öffentlichen Gemeinschaftsschutzgerichtsverhandlung

Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland ./ Ralf Kroll

legt der Oberste Richter des Königreiches Deutschland
im Einvernehmen mit dem Beklagten

im Namen des
Deutschen Volkes
des
Königreiches Deutschland

das Folgende fest:

Ralf Kroll erhält die Auflage, zwingend eine Wahl unter den richterlichen Angeboten vorzunehmen.

Dazu werden dem Beschuldigten zwei Angebote unterbreitet.

1. Der Beschuldigte hat sich mindestens einmal in 3 Monaten zu einem therapeutischen Gespräch mit dem Obersten Souverän des Königreiches Deutschland oder einem zugelassenen Traumatherapeuten zur Bearbeitung seiner belastenden bisherigen Kindheits- und anderen Erfahrungen zu begeben. Er hat zudem selbst aktiv an einer Aufarbeitung seiner schmerzhaften Erfahrungen und der daraus resultierenden Neigungen und Tendenzen zu arbeiten. Zudem unterliegt er bis zu einem gesicherten positiven Ergebnis der Aufarbeitung einer selektiven Beschränkung des Ortes und der Tätigkeit bei seiner Berufsausübung.
2. Lehnt der Beschuldigte die Therapie ab, wird er mit sofortiger Wirkung aus der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland und dem Staate ausgeschlossen. Sollte der Beschuldigte seine Therapie untergraben oder lediglich als Pflicht ansehen und damit nicht selbst aktiv an der Bewältigung seiner Erfahrungen mitarbeiten, trifft den Beschuldigten ebenso der dauerhafte Ausschluß aus der Gemeinschaft der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf und er erleidet zudem den Verlust der Staatszugehörigkeit des Königreiches Deutschland. Er ist darüber belehrt worden, daß er damit wieder in die nachrangige Ordnung der Bundesrepublik in Deutschland zurückfallen würde und sich demzufolge wieder in deren Ordnung nach deren Regeln für seine Tat zu verantworten hätte. Der Bundesrepublik in Deutschland würde der Verlust der Staatszugehörigkeit des Königreiches Deutschland, der Ausschluß aus der Gemeinde Wittenberg-Apollensdorf des Königreiches Deutschland sowie der derzeitige Aufenthaltsort des Beschuldigten bekannt gegeben.

Dem Beschuldigten wird 7 Tage Bedenkzeit gewährt, um zwischen den Alternativen zu wählen.

Ablauf der Verhandlung und Begründung zur Auflage:

1.

Dem Beschuldigten Ralf Kroll wird zur Last gelegt, kinderpornographisches Material besessen und in seiner Wohnung aufbewahrt zu haben. Dies ist gemäß § 184 b Absatz 4 des gegenwärtig angewendeten Strafgesetzbuches eine Straftat.

Die Aufgabe des Richters des Gemeinschaftsschutzgerichtes ist der Schutz der Menschen der Gemeinschaft, die Erhaltung des Rechtsfriedens sowie auf eine gelungene Resozialisierung des Beschuldigten hinzuwirken. Aus diesem Grunde war es Aufgabe und Ziel, den Grund für die dem Beschuldigten angelastete Straftat herauszufinden, das Potential der Bedrohung des Beschuldigten für die Mitglieder der Gemeinde oder für andere Menschen zu eruieren, ein eventuell bestehendes Bedrohungspotential zu eliminieren und eine Resozialisierung des Beschuldigten zu erreichen.

Die oben genannte Konsequenz, die der Beschuldigte aufgrund seiner Tat zu erfahren hat, läßt es als gesichert erscheinen, schrittweise eine Aufarbeitung der Traumata des Beschuldigten zu erreichen und damit eine eventuell bestehende Bedrohung durch den Beschuldigten für andere Menschen zu minimieren und langfristig auszuschließen. Zudem wird so auch eine Resozialisierung und Steigerung der Lebensqualität des Beschuldigten erreicht.

2.

Zu den Ermittlungsergebnissen:

Am 27. und 28.11.2014 fanden (illegale) Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft Dessau, der Steuerfahndung und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf den Geländen des Königreiches Deutschland und in diversen Mietobjekten statt. Im Zuge dessen stellten die Ermittler fest, daß Herr Ralf Kroll kinderpornographische Schriften in seiner Wohnung aufbewahrte.

Durch die Erstellung und Übergabe einer Beschlagnahmeliste an die Gemeinde erreichte diese Kenntnis davon.

Wenige Tage später fand eine erste Anhörung des Beschuldigten zu diesem Besitz vor dem Obersten Richter statt. Der Beschuldigte gab zu, Schriften dieser Art besessen zu haben.

Da sich Kinder auf dem Gelände befanden, wurde der Beschuldigte des Geländes verwiesen und angewiesen, bis zur Verhandlung bei einem anderen Staatsangehörigen unentgeltlich gemeinnützige und andere unterstützende Tätigkeiten für den Staatsangehörigen zu leisten. Er wurde angewiesen, sich der Verhandlung nicht zu entziehen. Zudem wurde ihm glaubhaft dargelegt, daß er sich nicht wirksam entziehen könne und im Fall einer Flucht ergriffen und vorgeführt würde.

Die Durchführung der abschließenden Verhandlung zu dieser Angelegenheit wurde für den 20.05.2015 vor dem Obersten Richter des Königreiches Deutschland auf dem Gelände des Staatsangehörigen festgelegt, bei dem der Beschuldigte die auferlegten Tätigkeiten bis zur Verhandlung zu leisten hatte.

Zu Beginn wurde die geleistete Tätigkeit des Beschuldigten besichtigt und vom Staatsangehörigen eine Einschätzung vorgenommen. Es wurde der Fleiß und die Einsatzbereitschaft des Beschuldigten gelobt. Das Ergebnis der Tätigkeiten und des Fleißes konnte leicht erkannt werden und wurde gewürdigt.

Daraufhin erfolgte die gerichtliche Verhandlung. Diese wurde vollständig in bewegten Bildern (Video) und Ton aufgezeichnet.

Der Beschuldigte gab zu, die Schriften besessen zu haben. Er beschrieb auf Nachfrage die Menge und Art der Schriften. Er gab an, die Schriften zu Studienzwecken besessen zu haben.

Für diesen Besitzgrund sprachen Indizien, fand sich doch in der Wohnung des Beschuldigten eine große private Bibliothek und dazu auch viele Bücher, die sich mit der Aufarbeitung von Mißbrauch, aber auch mit Pädophilie, Sexualkunde und weiteren artverwandten Themen beschäftigten. Auf eine Nachfrage nach den Gründen für den Besitz sprach der Beschuldigte über die gegenwärtigen gehemmten christlichen Einstellungen zur Sexualität und die Bewertungen von Sexualität, die sich für die Menschen daraus ergeben würden. Er führte zudem wissenschaftliche Arbeiten von Wilhelm Reich zu diesem Themenbereich an. Er verwies auch auf Studien anderer Sexualforscher und zudem auf sexuelle Verhaltensweisen indigener ursprünglicher Völker, bei denen es aufgrund von Platzmangel zu keiner Trennung zwischen den Eltern und Kindern kommt, daraus resultierend offene Geschlechtsakte und die daraus folgende Tabu- und Schamlosigkeit ein anderes, für ihn natürliches Verhalten, zur Sexualität erbe.

Es wurde vom Richter klargestellt, daß es in unserem Kulturkreis eine andere Auffassung von Sexualität gebe, die zu respektieren wäre. Vor allem der Schutz der Kinder, sowie die Bewahrung der Kindheit und ihre natürliche Entwicklung, stehen im Vordergrund der Aufmerksamkeit des Staates. Dies betrifft auch und vor allem den Bereich der Sexualität, da die übertriebene Sexualisierung einer höher entwickelten menschlichen Gemeinschaft längerfristig zu ihrer Zersetzung führt, wie dies gegenwärtig auch zu beobachten ist und in der Geschichte schon beobachtet werden konnte. Zudem wandte der Oberste Richter ein, daß in unserem Kulturkreis sehr wohl eine Abgrenzung möglich und die Entwicklung der Gemeinschaften über die Jahrhunderte zu respektieren und nicht zu verdrängen sei.

Gegen den alleinigen Besitzgrund zu Forschungszwecken sprachen auch der Besitz von bildlichen Darstellungen von Kindern in aufreizenden Posen u.a.

Aufgrund des Besitzes der zahlreichen Bücher zur Aufarbeitung von Mißbrauch wurde der Beschuldigte zu den Besitzgründen befragt. Er wurde befragt, ob er selbst eigenen Mißbrauch erfahren hätte. Daraufhin schilderte der Beschuldigte sein damaliges Verhältnis zu seinen Eltern und deren Hintergrund. Auch gab er bereitwillig Auskunft zu seinen bisherigen sexuellen Erfahrungen. Dabei kam ein gestörtes Verhältnis zu sich selbst, zu Frauen generell und zu bisherigen sexuellen Erfahrungen zum Vorschein, wobei die letzte Erfahrung bereits nahezu 30 Jahre zurücklag.

Der Beschuldigte wurde zudem zu seinen eigenen sexuellen Neigungen befragt. Er gab an, ausschließlich gegengeschlechtlich (heterosexuell) ausgerichtet zu sein.

Der Richter erläuterte dem Beschuldigten seine Aufgabe, die darin bestehe, die Mitglieder der Gemeinschaft vor Schaden zu bewahren. Der Beschuldigte meinte, daß dies unmöglich sei. Der Richter erläuterte, daß er deshalb umsomehr herausfinden müsse, ob der Beschuldigte eine Gefahr für einzelne Mitglieder der Gemeinde sein könne.

Der Richter erfragte deshalb beim Beschuldigten ein mögliches Einverständnis, um die Aura des Beschuldigten während der Befragung zu prüfen. Die Überwachung derselben solle den Zweck haben, die Aussagen des Beschuldigten auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Zudem solle damit herausgefunden werden, ob der Beschuldigte Aussagen im Zusammenhng mit den Vorwürfen unterlasse und unliebsamen Themenbereichen ausweiche.

Daraufhin schilderte der Beschuldigte einen Bereich seiner Vergangenheit, in der es schon einmal zu einer Verurteilung wegen eines Sexualdeliktes kam. Er schilderte zudem die Umstände und seine

Taten. Als es darum ging, ob er seine damaligen Taten bereue, brach der Beschuldigte in Tränen aus und erwiderte, daß seine Mutter wegen seiner Taten gestorben sei, daß er sich dafür verantwortlich sehe und er sehr darunter leide. Zudem sei daraufhin der Kontakt zu Teilen seiner Familie beendet worden. Dies alles sei für ihn eine lehrreiche Erfahrung gewesen und er würde nicht mehr derartige Dinge tun. Er mißtraue sich jedoch immer noch und er glaube nicht zu wissen, ob er sich immer vollständig im Griff habe, und er könne nicht für sich selbst sicher bürgen, da er sich selbst nicht umfassend einschätzen könne. Er meinte, daß Sexualität eine starke Kraft sei, die sich ihren Weg bahne und die nur schwer unter völliger Kontrolle sein könne. Er könne sie nicht unterdrücken und er kenne auch niemanden anderes, der es könne.

Der Beschuldigte wurde, nachdem er seine Tränen getrocknet hatte, darüber informiert, daß es dazu Übungen gebe, die er gern vom Richter erfahren könne, sollte er eine Beherrschung wünschen. Dem Beschuldigten wurde zudem angeboten, ihm bei der Aufarbeitung seines gestörten Verhältnisses zu Frauen zu unterstützen.

Der Beschuldigte meinte, daß er all dies am liebsten vergessen wolle und nicht mehr in den Wunden bohren wolle. Es sei für ihn alles zu schmerzhaft und er mache sich riesige Selbstvorwürfe.

Daraufhin erläuterte ihm der Richter, daß die Auswirkungen der Wunden nicht verheilen würden, sollte die Vergangenheit nicht in einer Weise aufgearbeitet werden, die dazu führe, daß der Beschuldigte lernen müsse, sich selbst zu verzeihen, sich selbst anzunehmen und wieder zu lieben. Der Beschuldigte brachte zum Ausdruck, daß ihm das nicht möglich erscheine und das diese Schuld nicht erlöst werden könne. Er meinte, daß er schon das ganze Leben dafür büße und er sich den Tod seiner Mutter nicht verzeihen könne.

Der Richter bot ihm an, daß es sehr wohl Vergebung dafür gebe und er diese auch erhalten könne. Wichtig sei, daß der Beschuldigte dazu bereit wäre und er aktiv an einer Aufarbeitung der Vergangenheit arbeiten würde. Der Beschuldigte meinte, das nicht zu können, da dies zu schmerzhaft sei. Der Richter erläuterte, daß es für den Schutz der Gemeinde und zur Schaffung von innerem Frieden beim Beschuldigten unbedingt erforderlich sei.

Der Richter befragte dann den Beschuldigten, was dieser an der Stelle des Richters tun würde. Der Beschuldigte entgegnete nach einer kurzen Bedenkzeit: "Mich rausschmeißen."

Der Richter erklärte, daß dies für ihn zwar die einfachste Lösung wäre, da der Beschuldigte lediglich Staatszugehöriger und kein Staatsangehöriger wäre, er jedoch selten den einfachen Weg wähle, sondern den richtigen. Er erläuterte ihm, daß er seine vergangenen Handlungen würdige, sein Bemühen erkenne und daß er an ihm festhalten würde, auch wenn es einmal Schwierigkeiten gäbe. Er erläuterte, daß ihn die Gemeinschaft in einer schweren Zeit nicht im Stich lassen werde, sondern ihn auch bei den Schwierigkeiten der Aufarbeitung verständnisvoll unterstützen werde.

Der Beschuldigte legte die Hände vor das Gesicht und wollte wieder seine Tränen verbergen und unterdrücken. Der Richter empfahl ihm, viel öfter zu weinen und erläuterte die Heilwirkung des Weinens zur Lösung von belastenden Emotionen, wenn damit gleichzeitig eine schrittweise Annahme des eigenen Weges und Seins einhergehe.

Der Richter und der Beisitzer zogen sich dann zur Beratung zurück. Der Beschuldigte weinte fast die ganze Zeit während der Beratung.

Der Richter befragte den Beisitzer Martin Schulz, und dieser empfahl, den Beschuldigten zur Teilnahme an einer Therapie zur Aufarbeitung seiner Vergangenheit und zum Erlernen von Selbstliebe zu verpflichten. Der Richter stimmte dem zu und legte daraufhin die oben beschriebenen Konsequenzangebote aus den Handlungen des Beschuldigten fest.

Der Beschuldigte sträubte sich noch gegen die Angebote und erhielt eine Woche Bedenkzeit.

Nach ca. 1 Stunde Bedenkzeit erklärte der Beschuldigte mündlich sein Einverständnis zur Therapie.

Eine Woche später lieferte der Beschuldigte sein schriftliches Einverständnis zur Therapie und nahm damit die Wahl einer der vom Richter festgelegten Konsequenzen endgültig an.

Königreich Deutschland, 28.05.2015

Peter
Imperator Fiduziar
Königreich Deutschland, zu Wittenberg

**Königreich Deutschland
Petersplatz 1
06886 Lutherstadt Wittenberg**

**Oberster Richter, Oberster Souverän und Oberster Diener des Königreich
Deutschland,
der Menschensohn des Horst und der Erika,
seine Exzellenz Peter I.**

Ich teile ihnen formlos, aber fristgerecht mit, daß ich die Entscheidung ihrer Hoheit in dem Verfahren vom 20.05.2015 offiziell anerkenne und mich einer dreimonatigen Behandlung zur Verfügung stellen werde, damit dem Gesetz des Königreich Deutschland Genüge getan werden kann und ist.

Hochachtungsvoll

Ralf Kroll

z.Z. ohne Wohnsitz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ralf Kroll', written over the printed name and address line.

Hamburg 27.05.2015